

2 Runder Tisch Prostitution

Bericht der Landesregierung

MDgt Claudia Zimmermann-Schwartz (MGEPA) berichtet:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Generell ist das Thema „Prostitution“ in diesen Tagen in aller Munde. In den Zeitungen gibt es überall die Diskussionen, was denn das Prostitutionsgesetz, das vor gut zehn Jahren in Kraft getreten ist, bewirkt habe, ob die Bundesrepublik tatsächlich ein Paradies für Zuhälter und Schlepper ist, was da für ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht.

Ich glaube, dass hier mein Bericht über das, was wir am Runden Tisch Prostitution jetzt in rund zwei Jahren schon erarbeitet haben, vielleicht doch den einen oder anderen Impuls für diese Diskussion geben kann.

Der Runde Tisch wurde eingesetzt durch das Kabinett im Dezember 2010 mit der Aufgabe, die Umsetzung des Prostitutionsgesetzes voranzubringen und ein Handlungskonzept zu erarbeiten.

Dann war die Frage: Wer soll an diesem Runden Tisch sitzen? Es gab großes Interesse daran. Wir wurden auch von außen von unterschiedlichsten Personen und Akteuren angesprochen. Per Kabinettsbeschluss sitzen an diesem Runden Tisch die betroffenen Ressorts, also außer dem MGEPA, das den Vorsitz hat, das Justizministerium, das Finanzministerium, das Innenministerium, das MAIS, das Wirtschaftsministerium, Bauen und Wohnen und Kinder und Jugend.

Wer ist sonst noch dabei? Die kommunalen Spitzenverbände, dann Beratungsstellen, und zwar einmal Beratungsstellen für Menschenhandelsopfer, aber auch Beratungsstellen für Prostituierte, die stellvertretende Leitung des Ordnungsamtes Dortmund, die LAG Recht/Prostitution, die LAG kommunale Gleichstellungsstellen und Prostituierte selbst.

Es haben versucht, an den Tisch heranzukommen als ständige Mitglieder zum Beispiel der Verband Erotikgewerbe oder auch Bordellbetreiber. Das haben wir abgelehnt, auch unter Hinweis darauf, dass es zu den Arbeitsprinzipien dieses Runden Tisches gehört, externen Sachverständigen jeweils hinzuzuziehen. Wir haben gesagt, dann wird es Gelegenheit für alle geben, sich zu äußern.

Das ist also die Zusammensetzung.

Dann haben wir angefangen zu tagen und haben uns gefragt: Wie fangen wir das in der ersten Sitzung am sinnvollsten an? Laden wir uns doch Frau Prof. Kavemann ein, die immerhin eine ausführliche Evaluation des Prostitutionsgesetzes gemacht hat und auch sehr viel darüber hinaus in dem Bereich geforscht hat.

Was stand im Prostitutionsgesetz? Was wurde neu eingefügt? Die Beseitigung der Sittenwidrigkeit hatte vor allen Dingen den Effekt, dass Prostituierte jetzt einen einklagbaren Rechtsanspruch auf das Entgelt haben. Der strafrechtliche Rahmen

wurde modifiziert. Es wurde die Möglichkeit eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses eingeräumt.

Die Evaluation 2007 hat dann schlichtweg feststellen müssen, dass diese Ziele im Wesentlichen nicht erreicht wurden. Man hat nur 1 % Arbeitsverträge festgestellt. Das heißt, das Instrument ist einfach nicht angenommen worden. Krankenversichert waren von den Befragten 87 %, also doch ein sehr hoher Prozentsatz, aber überwiegend nicht als Prostituierte. Man hat keine kriminalitätssteigernden, aber auch keine kriminalitätsmindernden Effekte nachweisen können und auch keine Verbesserung von Ausstiegsoptionen. Das Fazit war dann im Grunde: Das Gesetz hat eher eine symbolische Bedeutung, aber es geht an der Realität der Prostitution vorbei.

Die Sitzung mit Frau Prof. Kavemann war für uns alle sicherlich unglaublich erhellend, weil sie auch mit dem Hintergrund ihrer darauffolgenden vertieften Forschung sowohl zu Opfern von Menschenhandel als auch generell zur Prostitution sehr deutlich auf den Punkt gebracht hat, warum ihres Erachtens dieses Prostitutionsgesetz letztlich auch nicht mit Leben erfüllt worden ist. Ihr Fazit war: Es fehlt an Wissen und es fehlt an einer wissenschaftlichen ethischen Debatte. – Ethische Debatten haben wir immer wieder sehr emotional geführt. Aber sie sind nicht unbedingt wissenschaftlich. Das liegt einfach daran, dass wir zu wenig Kenntnisse haben.

Auf dem Hintergrund dieser ersten Sitzung hat der Runde Tisch sein Selbstverständnis erklärt, er wolle ein Ort sein des Wissenserwerbs, des Wissenstransfers, aber auch ein Ort, an dem ethische Debatten geführt werden.

Wir haben ein Selbstverständnispapier erarbeitet, das auch im Internet steht, aus dem klar hervorgeht, was wir überhaupt tun wollen.

Wir brauchen eine fundierte Aufarbeitung der Thematik. Wir müssen unterschiedliche Perspektiven darstellen. Wir müssen die sichtbar machen. Wir wollen auch konträre Positionen am Tisch. Wir hatten überhaupt kein Interesse daran, von vornherein in eine bestimmte Richtung zu marschieren. Wir möchten konträre Positionen äußern, herausarbeiten, auch aushalten. Wir wollen alles abschöpfen, was an Erkenntnissen da ist, Wissenschaft, Praxis, Projekte, Erfahrungen auch aus anderen Ländern, also so dezidiert wie möglich.

Eine der ersten Fragen, mit denen wir uns beschäftigt haben, ist natürlich: Wie schaffen wir es, die freiwillige Prostitution und den Menschenhandel abzugrenzen? Wir haben uns am Runden Tisch als Konsens darauf verständigt, dass wir die unfreiwillige Prostitution im Sinne des Straftatbestandes Menschenhandel zur sexualisierten Ausbeutung verstehen und nicht ökonomischer Zwänge.

Das erscheint mir sehr wichtig zu sein. Denn bei den Zahlen, die in den letzten Wochen geäußert wurden, 90 % machen es unfreiwillig usw., muss man fragen: Was ist damit gemeint? Ist damit gemeint, man macht es, weil man keine andere Möglichkeit sieht, schnell zu Geld zu kommen? Oder bin ich wirklich ein Menschenhandelsopfer im Sinne des Straftatbestandes?

Wir haben uns am Runden Tisch im Sinne der Begriffsklarheit darauf verständigt: Sogenannte freiwillige, selbstbestimmte Prostitution ist all das, was nicht den Straftatbestand des Menschenhandels erfüllt.

Auch waren wir uns sehr schnell klar darüber, dass wir unseren Blick über den Regelungsbereich des Prostitutionsgesetzes hinaus erstrecken wollen. Denn man muss ja sehen: Das Prostitutionsgesetz hat vor allem Bordelle und bordellähnliche Betriebe im Blick. Es geht aber um sehr viel mehr Bereiche. Dazu komme ich gleich noch.

Der Runde Tisch hat sich auch zum Ziel gesetzt, die Geschlechterperspektive einzubringen. Denn in der Öffentlichkeit wird praktisch nur über Mann-Frau-Prostitution gesprochen. Die Mann-männliche Prostitution ist aber ein großes Segment, auch die Prostitution Transsexueller.

Für die Wertedebatte wollten wir uns die Frage stellen: Ist Prostitution als solche bereits Gewalt gegen Frauen? Das ist die eine Position. Oder: Erwachsen erst aus der Tabuisierung und Stigmatisierung von Prostitution all diese Phänomene, die wir nicht wollen, rechtsfreie Grauzonen, ungeschützte Arbeitsverhältnisse, Übergriffe, Nähe zur organisierten Kriminalität usw.?

Ein weiterer Grundkonsens war, dass sicher die eine oder der andere sagt, Prostitution ist einer gleichberechtigten Gesellschaft unwürdig, aber es gibt niemanden am Runden Tisch, der daraus die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot von Prostitution herleitet. Das war der Konsens, den wir vereinbart haben und auf dem wir uns bei unserer Arbeit bewegen.

Generell muss es um eine Verbesserung des Status quo gehen und um eine Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von Prostituierten.

Womit hat sich der Runde Tisch beschäftigt? Ich habe eben schon gesagt, zwei Jahre, zehn Sitzungen, sehr eng getaktet, sehr ambitioniert, immer mit umfangreicher Expertise von außen, sodass also sozusagen jede Sitzung eine kleine Anhörung war. Ich will nur schlaglichtartig die Themen benennen. Denn alles andere würde den Rahmen sprengen.

In der zweiten Sitzung ging es direkt darum: Worüber reden wir denn überhaupt? Was wissen wir über Prostitution? Welche Daten und Fakten liegen uns vor? Dann haben wir geschaut: Wie sieht die kommunale Praxis aus? Was machen Kommunen, um Prostitution in ihrem Bereich zu regeln?

Wir haben den Blick über den Zaun gewagt und uns Schweden und die Niederlande angeschaut. Wir haben einen besonderen Fokus auf Straßenprostitution und die besonderen Probleme durch die Armutsmigration gelegt. Wir haben uns in einer Sitzung Bordelle und bordellähnliche Betriebe vorgenommen, um zu erkennen: Was gibt es da überhaupt in der Landschaft?

In der zweiten Sitzung haben wir uns über rechtliche Möglichkeiten der Regulierung unterhalten, über die wir ja auch aktuell politisch sprechen. Wir haben uns mit Prostitution und Gesundheit beschäftigt. Eine Sitzung beschäftigte sich mit der

Prostitution Mann-männlich und der Prostitution Transsexueller. In der letzten Sitzung haben wir uns mit Freiern beschäftigt.

Wenn ich auf die eingeholte Expertise schaue, dann kann man sagen, dass die Polizei ständiger Gast am Tisch ist, zum einen natürlich durch die Ressortvertreterin aus dem Innenministerium, aber dazu kamen auch Vertretungen vom Landeskriminalamt, von der Kripo Duisburg und von der Kreispolizeibehörde Paderborn.

Die Wissenschaft ist zu Gast. Ich glaube, wir haben alle eingeladen, die irgendwie zu irgendeinem Segment einmal etwas gemacht haben.

Wir haben Menschen, die in der Sexarbeit tätig sind, zu uns gebeten, Prostituierte selbst, Bordellbetreiber, Verbandsvertreter, auch einen männlichen Escort.

Wir hatten Freier da, aber auch und gerade haben wir Menschen zu uns gebeten, die kritisch gegenüber dem Prostitutionsgesetz sind. Zum Beispiel SOLWODI war zweimal eingeladen. Wir haben TERRE DES FEMMES zum Thema „Freier und Freierbestrafung“ mit am Tisch gehabt, auch eine Vertreterin des Gesundheitsamtes Nürnberg, als es um die Kondompflicht ging.

Zum Runden Tisch gibt es Unterarbeitsgruppen und auch Gesprächskreise zu den Themen „Armutsmigration“, „soziale Sicherung“, „Baurecht“ und „Steuerrecht“.

Wir haben auch Ortstermine gemacht, weil man ja gucken will: Worüber reden wir überhaupt? Wir waren im Pascha in Köln. Wir waren beim Straßenstrich Dortmund vor seiner Schließung. Zuletzt waren wir noch im Bordellviertel von Duisburg, jeweils begleitet durch Beratungsstellen, aber auch vor allen Dingen Vertretungen der Gesundheitsämter, die da ohnehin gute Kenntnisse und Kontakte haben.

Wir haben weitere Themen auf der Agenda. In der nächsten Sitzung soll es um die Frage gehen, inwieweit das Prostitutionsgesetz tatsächlich Strafverfolgung behindert, wie es immer wieder behauptet wird, ob es legislative Lücken gibt, ob wir im Strafgesetzbuch nachbessern müssen, ob es weiterer Ermächtigungsgrundlagen bedarf, zum Beispiel im Polizeirecht.

Dann haben wir schon terminiert eine Sitzung, bei der es um das Internet geht, und eine weitere zum Thema „Sexualbegleitung für Menschen mit Behinderung und ältere Menschen“. Das ist ein großes Thema, das in ganz anderen Kontexten diskutiert wird, aber nichtsdestotrotz auch eine Form von Prostitution ist.

Jetzt werden Sie mich sicher fragen: Wenn Sie so eifrig zwei Jahre lang getagt haben, was haben Sie denn daraus gelernt? Wir haben uns darauf verständigt, dass wir Handlungsempfehlungen formulieren werden. Ein solches Papier ist noch nicht abgestimmt. Deshalb möchte ich mich hier zurückhalten. Wir haben aber nach jeder Sitzung sehr ausführliche Protokolle formuliert, die sicherlich so etwas wie Wegmarken sind. Es gab nicht immer Konsens. Aber ich glaube, dass sich bestimmte Tendenzen hier ohne Weiteres vortragen lassen.

Erstens. Über Umfang und Erscheinungsform von Prostitution gibt es kaum belastbare Daten. Diesen Satz kann man eigentlich gar nicht oft und laut genug sagen, insbesondere in diesen Tagen, wo alle möglichen Zahlen zitiert werden.

Das ist auch schon deshalb verständlich, weil natürlich Prostitution nach wie vor sehr stark stigmatisiert ist und viele Menschen kein Interesse daran haben, dass ihre Tätigkeit in der Prostitution offenbar wird. Es gibt nicht wenige, die auch ein Doppelleben führen, wo noch nicht einmal die Angehörigen oder Freunde das wissen, geschweige denn dass man das offenlegen würde. Auch Insider haben nur einen begrenzten Blick. Das hören wir von allen. Die Polizei sagt: Natürlich sehen wir etwas, aber wir sehen nur Bestimmtes. Die Beratungsstelle hat andere Einblicke als das Gesundheitsamt. Der Bordellbetreiber sagt zu mir: Was in der Wohnungsprostitution läuft, kann ich nicht sagen.

Es gibt wissenschaftliche Untersuchungen. Deshalb haben wir die Wissenschaft auch immer wieder an den Tisch geholt. Aber man darf sich nicht täuschen. Die haben nur begrenzten Aussagewert. Die geben wertvolle Hinweise, aber oft sind nur bestimmte Personen im Blick. Es gibt keine kontinuierliche Forschung in dem Bereich. Vielfach werden nur bestimmte Personen, zum Beispiel die, die in eine Beratungsstelle kommen, oder Personen aus dem Drogenmilieu gefragt. Das sind natürlich nur begrenzt verwertbare Ergebnisse. Vielfach wird mit Schätzungen gearbeitet. Auch bei EU-Studien wird teilweise mit Schätzungen gearbeitet.

Dann müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass das Feld riesig ist. Prostitution ist nicht nur das, was wir sehen. Natürlich sehen wir den Straßenstrich. Wir sehen die Großbordelle. Vielleicht sehen wir auch noch den einen oder anderen Club. Aber wir haben natürlich unglaublich viel Wohnungsprostitution, die zum Teil so verborgen ist, dass noch nicht einmal die Nachbarn es wissen. Wir haben Studios. Wir haben Grenzbereiche wie Massage, FKK, Wellness und Swingerclubs. Wir haben Escort.

Im Moment haben wir eine große Veränderung der sichtbaren Szene durch die Armutsmigration aus Osteuropa.

Vor allem: Wir haben eine unglaubliche Veränderung durch das Internet. Das kann man sich als jemand, der sich normalerweise nicht damit beschäftigt, schlicht nicht vorstellen. Internetportale, zum Beispiel das Portal „Kaufmich“, die wie Ebay funktionieren, wo Menschen sexuelle Dienstleistungen anpreisen, sind natürlich Prostitution. Aber wir Normalbürgerinnen und -bürger kriegen das üblicherweise nicht mit. Aber das ist ein riesiges Feld. Mit einem einfachen Klick vom Wohnzimmer aus ist Prostitution inzwischen tagtäglich verfügbar.

Die zweite Erkenntnis ist, dass die Abgrenzung zwischen freiwilliger Prostitution und Menschenhandel oft sehr schwer möglich ist. Die Frage beschäftigt uns immer wieder.

Wir haben am Runden Tisch Prostitution natürlich auch mit dem Runden Tisch Menschenhandel gesprochen. Dieser Tisch besteht seit 15 oder 18 Jahren. Der Runde Tisch Menschenhandel begrüßt die Arbeit des Runden Tisches Prostitution, weil die Vertreterinnen dort auch sagen, es dauert oft sehr lange, bis sich Menschenhandelsopfer als solche zu erkennen geben oder sich auch als solche begreifen. Es ist ganz wichtig, Vertrauensverhältnisse herzustellen, bevor ich sozusagen mit dem Strafrecht komme.

Es kann sich auch verändern, ob jemand ein Menschenhandelsopfer ist. Ich nenne einmal ein Beispiel. Jemand kommt aus einem fremden Land, hat sich eigentlich eine andere Arbeit vorgestellt, findet sich auf einem Straßenstrich wieder und sagt dann aber, okay, ich akzeptiere das jetzt, ich ziehe das durch, meine Leute in der Heimat brauchen das Geld, ich mache das fünf Jahre und dann gehe ich wieder. Diese Person versteht sich nicht als Menschenhandelsopfer.

Ich kann aber genauso gut eine selbstbestimmte Prostituierte haben, die sagt: Ich mache das jetzt im Escort. Ich mache das ganz für mich alleine. Mir redet keiner rein. – Sie unterschätzt aber die Härte der Arbeit und beginnt vielleicht eine intensive Beziehung mit jemand anderem, der irgendwann ihr sogenannter Beschützer wird. Dann ist es irgendwann nicht mehr freiwillig. Dann habe ich plötzlich ein Menschenhandelsopfer. Das ist ganz schwierig. Auch die Polizei sagt: Wir haben oft Hinweise. Man hat ein Gefühl dafür. Aber ich habe keinen beweisbaren Tatbestand. Menschen selbst verstehen sich oft nicht so.

Beratungsstellen sagen, es ist ganz schwierig. Es muss immer darum gehen, ein Vertrauensverhältnis herzustellen. Vielleicht öffnet sich dann irgendwann einmal jemand. Erst recht erkennen Freier das nicht. Die Vorstellung, dass Freier erkennen, ob es sich um ein Menschenhandelsopfer handelt, geht nach all dem, was wir inzwischen gehört haben, an der Realität vorbei.

Die dritte Erkenntnis, die wir mitgenommen haben, ist: Es gibt keinen Königsweg. Frau Prof. Kavemann hat sich 2009 noch einmal mit dem Prostitutionsgesetz auch im europäischen Kontext auseinandergesetzt. Ihr Fazit ist: Es gibt keine Regelung ohne unerwünschte Nebenwirkungen.

Die Lizenzierung der Bordelle wie in den Niederlanden, was ja für uns in der Bundesrepublik zum Teil ein großes Vorbild war, ist sicher notwendig und wichtig, aber es betrifft eben nur ein ganz kleines Segment, wie ich gerade dargestellt habe. Es greift als einzige Maßnahme zu kurz.

Schweden: Es gibt viele Hinweise, dass die Maßnahmen hier insbesondere gegen die öffentlich sichtbare Prostitution nur zu Verdrängungen führen. In Wohnungen und Clubs findet das natürlich nach wie vor statt. Aber da wird kaum kontrolliert. Da fehlt es schlichtweg an Personal.

Auch Sachverständige am Runden Tisch haben uns das gesagt. Eine Wissenschaftlerin, die gerade das Thema „Prostitution in Schweden“ bearbeitet hat und eigentlich herangegangen ist mit der Haltung, dass das eine gute Sache ist und Deutschland das auch so machen sollte, hat sich während ihrer wissenschaftlichen Arbeit stark davon distanziert. Sie sagt, es gibt Hinweise, dass Prostitution gefährlicher wird. Bei Gewalt wird nicht mehr die Polizei gerufen. Sie sagt, es ist ein Klassengesetz. Escort wird nicht kontrolliert. Wohlhabende Freier finden immer einen Weg. Mann-männliche Prostitution ist überhaupt nicht im Blick. Das zeigt einfach auch, wie schwierig es ist, da durchgreifende Lösungen zu finden.

Was heißt das? In welche Richtung muss es gehen? Ich glaube, die Leitfrage muss immer sein: In welchem Verhältnis steht der vermutete Nutzen einer Maßnahme zu den in der Regel unbeabsichtigten negativen Auswirkungen?

Man muss unbedingt trennen zwischen Prostitution und anderen Themen, die zwar in der Wirklichkeit mit Prostitution zusammen auftreten, aber doch andere Hintergründe haben, zum Beispiel Armut oder Sucht. Wir haben das auch über die männlichen Stricher gehört. Das ist Ausdruck von Verelendung. Das ist Ausdruck von Verarmung. Die begreifen sich auch nicht als Prostituierte. Auch Drogenabhängige verstehen sich nicht als Prostituierte. Das kann nicht die Zielgruppe des Prostitutionsgesetzes sein.

Wenn wir schauen, in welche Richtung es gehen soll, dann gibt es schon eine ganze Menge, was in der Welt ist. Wir haben einen Bundesratsbeschluss von Baden-Württemberg initiiert, den Nordrhein-Westfalen mitgemacht hat. Wir haben mehrfache Beschlüsse der Innenministerkonferenz. Wir haben jetzt auch wieder mehrfache Beschlüsse der GFMK, wo Nordrhein-Westfalen ganz initiativ war, wo wir fordern, es muss zur Regulierung und Konzessionierung von Bordellen und bordellähnlichen Betrieben kommen. Das halten wir für ganz wichtig. Vonseiten der Bundesregierung ist uns aber signalisiert worden, dass hier große Widerstände bestehen. Der Ort der Konzessionierung wird von vielen im Gewerbebereich gesehen, wobei ich nicht verhehlen möchte, dass insbesondere die Wirtschaftsseite damit nicht glücklich ist. Aber das wäre auch ein Bundesgesetz. Es scheint insbesondere auch Widerstände vonseiten des Bundesjustizministeriums zu geben.

Vorschläge liegen also schon da. Sie alleine werden aber nicht genügen.

Auf die Nachfrage von **Verena Schäffer (GRÜNE)**, ob das Prostitutionsverbot in Schweden beispielsweise den Menschenhandel eindämme, berichtet **MDgt Claudia Zimmermann-Schwartz (MGEPA)**, Frau Prof. Kavemann komme in ihrer Studie von 2009 zu einer äußerst vorsichtigen Aussage, und zwar in dem Sinne: Es scheine Indizien dafür zu geben, dass Menschenhändler Schweden eher mieden.

Das Innenministerium halte alles für gut, was die Stärkung der Prostituierten bedeute. Deshalb gingen auch die Beschlüsse der IMK nicht in die Richtung eines Verbots, sondern zielten auf genaueres Hinschauen auf die Betriebe.

Auf eine Frage der **Vorsitzenden Daniela Jansen** legt **MDgt Claudia Zimmermann-Schwartz (MGEPA)** dar, es sei unbestritten, dass sich durch die Armutsmigration die gesamte Szene verändert habe, und zwar nicht nur auf dem Straßenstrich. Bei dem Besuch im Bordellviertel Duisburg sei auch dargestellt worden, dass es teilweise in den Bordellen und bordellähnlichen Betrieben gar keine deutschen Prostituierten mehr gebe, sondern überwiegend welche aus den EU-Ländern. Ein Teil dieser Klientel sei gar nicht der deutschen Sprache mächtig und von daher viel hilfloser.

Es gebe viele Indizien dafür, dass keine Freiwilligkeit vorliege, sondern tatsächlich der Straftatbestand erfüllt sei.

Aber hier habe man genau das Problem, das sie eben benannt habe. Wenn Menschen aus familiären Strukturen kämen, wo die Erwartung bestehe, die Tochter habe dafür zu sorgen, dass die Familie ernährt werde, indem sie auf den Strich gehe, sei es unglaublich schwierig, überhaupt ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Men-

schenhandel vorliege. Das sagten auch die Beratungsstellen. Solange die Betroffene sage, das sei ihr Liebster und nicht ihr Zuhälter, könne man ganz schwer etwas machen.

Es handele sich um eine Klientel, die aus bitterster Armut komme, aus Verhältnissen, wo sie sich teilweise auch schon hätten prostituieren müssen und deshalb die Situation in Deutschland gar nicht als so problematisch empfänden. Wenn man unter unvorstellbaren Armutsbedingungen gelebt habe, empfinde man selbst das Leben in baufälligen Häusern als nicht so schlimm. Wenn man vorher umgerechnet 2 € dafür bekommen habe und bekomme jetzt 10 €, sei das auch eine Verbesserung. Das sei eine Verschiebung von Maßstäben und in der Tat eine unglaubliche Herausforderung.

Es sei auch vermittelt worden, dass die wirksamste Maßnahme sicherlich zunächst der Einsatz von Sprachmittlerinnen sei, um überhaupt Zugang zu dieser Klientel zu bekommen. Das sei nicht unbedingt der polizeiliche oder strafrechtliche Zugang aufgrund der eben beschriebenen Schwierigkeiten.

Josefine Paul (GRÜNE) fragt, ob sich auch eine Zunahme an Mann-männlicher Prostitution feststellen lasse.

MDgt Claudia Zimmermann-Schwartz (MGEPA) gibt Auskunft, der wissenschaftliche Berater zu diesem Thema habe auch im Bereich Mann-männliche Prostitution eine sehr klare Segmentierung dargestellt.

Es gebe einmal das, was man unter dem Strichermilieu verstehe. Hier habe man inzwischen ganz viele Jungen gerade aus Osteuropa. Das sei Armutsmigration. Das habe nichts mit gewollter Prostitution zu tun. Diese Jungen seien teilweise obdachlos und fänden bei dem einen oder anderen Mann Unterschlupf. Es werde dann als selbstverständlich empfunden, dass man sexuell zur Verfügung stehe. Das seien Formen, die man nicht als die Prostitution vor Augen haben könne, die das Prostitutionsgesetz umfasse.

Das andere Segment sei eher die im Bereich Mann-männliche Prostitution sehr ausgeprägte Gay Escort Prostitution. Da könne man viel eher ansetzen mit begleitenden Maßnahmen, Aufklärungsmaßnahmen, Gesundheitsschutz usw. Ob da eine signifikante Zunahme durch die Armutsmigration stattgefunden habe, sei ihr nicht vermittelt worden.

Auf die Bitte der **Vorsitzenden** sagt **MDgt Claudia Zimmermann-Schwartz (MGEPA)** einen weiteren Zwischenbericht zu.

gez. Daniela Jansen
Vorsitzende

23.04.2013/25.04.2013